

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff:	Berücksichtigung der Tariftreue im Vergabeverfahren; Ergebnis des Rechtsgutachtens
Bezug:	Vorlagen 568/2020, 568a/2020
Anlagen:	Zusammenfassung des Gutachtens

Zusammenfassung:

Der Gemeinderat hat 2022 die Verwaltung beauftragt mit Hilfe einer externen Kanzlei zu prüfen, ob und wie Tariftreue im Vergabeverfahren auch bei Lieferleistungen eingehalten werden kann. Das Gutachten der Kanzlei Menold Bezler kommt zum Ergebnis, dass individuelle Tariftreuevorgaben der Universitätsstadt Tübingen mit dem erheblichen Risiko eines Verstoßes gegen deutsches Verfassungs- sowie Europäisches Recht und rechtspraktischen Herausforderungen behaftet wären.

Angesichts der hohen rechtlichen Risiken wird die Verwaltung keine über bestehendes Recht hinausgehende Bedingungen bei einer Ausschreibung stellen. Stattdessen wird sie das Thema beim Städtetag einbringen.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	HH-Plan 2022	Entwurf HH- Plan 2023
DEZ00 THH_1 030	Dezernat 00 OBM Boris Palmer Kommunale Steuerung u. Innere Verwaltung Rechtsabteilung			EUR	
1123 Justitiariat		14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-94.210	-96.100
			<i>davon für diese Vorlage</i>	-23.746	

Bislang ist an Rechtsanwaltsgebühren für im Jahr 2022 erbrachten Leistungen ein Betrag in Höhe von 23.746,45 Euro angefallen. Dieser Betrag wird sich um die im Jahr 2023 erbrachten und noch zu

erbringenden Leistungen noch etwas erhöhen. Im Budget der Rechtsabteilung auf dem Produkt 1123 „Justitiariat“ stehen die erforderlichen Mittel für die rechtliche Prüfung zur Verfügung.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Der Gemeinderat hat 2022 die Verwaltung beauftragt mit Hilfe einer externen Kanzlei zu prüfen, ob und wie Tariftreue im Vergabeverfahren auch bei Lieferleistungen eingehalten werden kann. Die Verwaltung hat daher die Stuttgarter Kanzlei Menold Bezler mit der Klärung der Grundsatzfrage beauftragt, ob und ggf. wie es den Kommunen rechtlich möglich ist, von den gesetzlichen Vorgaben im Vergabe- und Wettbewerbsrecht der höheren Ebenen (EU, Bund, Land), abweichende (weitergehende) Bestimmungen zu treffen. Das Gutachten der Kanzlei liegt zwischenzeitlich vor.

2. Sachstand

2.1. Wesentliche Ergebnisse des Gutachtens

Nach Auffassung des Gutachtens sind über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Tariftreuevorgaben in Form individueller auftragsspezifischer Ausführungsbedingungen der Universitätsstadt Tübingen, die soziale oder beschäftigungspolitische Belange zum Gegenstand haben, zwar grundsätzlich denkbar. Die Ausführungsbedingungen müssten jedoch in jedem Einzelfall mit höherrangigem Recht, vor allem dem deutschen Verfassungsrecht und dem Unionsrecht in Einklang stehen.

Insbesondere angesichts bereits bestehender sozialer Mindest- bzw. Entgeltstandards auf Bundes- sowie auf Landesebene bestehen erhebliche Zweifel an der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der mit individuellen Tariftreuevorgaben der Universitätsstadt Tübingen verbundenen Grundrechtseingriffe. Die Grundrechtseingriffe müssten zudem mit Blick auf die jeweilige Auftragsvergabe und den konkret betroffenen Markt einzelfallbezogen gerechtfertigt werden können.

Ungeachtet der rechtlichen Risiken wären darüber hinaus individuelle Tariftreuevorgaben auch mit nicht zu unterschätzenden rechtspraktischen Herausforderungen verbunden. So müsste die Verwaltung eine eigene Auswahl der einschlägigen Tarifverträge treffen an Stelle der üblicherweise von Ministerien im Zusammenwirken mit Tarifvertragsparteien vorgenommenen Auswahl. Dabei müssten in sachgerechter Weise Tarifverträge mit einem hinreichenden Markt- und Branchenbezug zu der jeweiligen Ausschreibung identifiziert werden. Zudem wäre zu entscheiden, ob ein solcher Tarifvertrag in Gänze oder nur teilweise (z. B. hinsichtlich der Entgeltvorgaben) angewandt werden soll. Eine einmal getroffene Auswahl maßgeblicher Tarifverträge wäre fortlaufend zu überprüfen und erforderlichenfalls zu aktualisieren.

Das Gutachten kommt daher Ergebnis, dass individuelle Tariftreuevorgaben der Universitätsstadt Tübingen mit dem erheblichen Risiko eines Verstoßes gegen deutsches Verfassungs- sowie Europäisches Recht und rechtspraktischen Herausforderungen behaftet wären.

Die Zusammenfassung des Gutachtens findet sich in der Anlage, zudem kann das Gutachten als Ganzes beim Fachbereich Kommunales eingesehen werden.

2.2. Weiteres Vorgehen der Stadt Karlsruhe

Die Stadt Karlsruhe beschäftigt sich seit längerer Zeit auf Antrag des Gemeinderats, ob es eine Möglichkeit gibt, Tariftreue im Vergabeverfahren zu berücksichtigen. Es war geplant anhand eines Beschaffungsvorgangs im Bereich von Liefer- oder Dienstleistungen zu klären, ob und gegebenenfalls wie die Anwendung von nicht allgemeinverbindlichen Tarifverträgen den ausführenden Unternehmen als Ausführungsbedingung (§ 128 Abs. 2 GWB) aufgegeben werden kann. Auf Grund der rechtlichen Risiken konnte das Vorhaben jedoch nicht umgesetzt werden. Die Verwaltung beabsichtigt daher, vorbehaltlich anderweitiger Beschlüsse des Gemeinderats, keine weiteren eigenen Initiativen in dieser Richtung zu unternehmen. Stattdessen soll das Thema beim Städtetag platziert werden.

3. Vorgehen der Verwaltung

Angesichts der hohen rechtlichen Risiken wird die Verwaltung keine eigenen, über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Tariftreuevorgaben in Form individueller auftragsspezifischer Ausführungsbedingungen der Universitätsstadt Tübingen, verlangen. Stattdessen wird sie in Abstimmung mit der Stadt Karlsruhe das Thema beim Städtetag einbringen.

4. Lösungsvarianten

Die Verwaltung wird trotz des hohen rechtlichen Risikos beauftragt, bei einem konkreten Vergabeverfahren über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Tariftreuevorgaben in Form individueller auftragsspezifischer Ausführungsbedingungen der Universitätsstadt Tübingen, zu formulieren. Zur Formulierung der Bedingungen und zur Recherche der zu beachtenden Tarifverträge, die es anzuwenden gilt, wird bei der Zentralen Beschaffungsstelle befristet für ein Jahr eine Aushilfsstelle mit einem Umfang von 50% geschaffen.

5. Klimarelevanz

keine